

SPD-Fraktion



im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Unsere Bilanz
zur Halbzeit der Ratsperiode **2016–2021**



Eine Stadt für alle.

www.spd-ratsfraktion-hannover.de



Angelo Alter



Dr. Maxi Ines Carl



Christopher Finck



Afra Gamoori



Bruno Gill



Thomas Hermann



Henning Hofmann



Hülya Iri



Christine Kastning



Lars Kelich



Peggy Keller



Kerstin Klebe-Politze



Philipp Kreisz



Andreas Markurth



Dr. Jens Menge



Robert Nicholls



Angelika Pluskota



Christine Ranke-Heck



Florian Spiegelhauer



Belgin Zaman



Oberbürgermeister
Stefan Schostok

Eine Stadt für alle!

Unsere Bilanz zur Halbzeit der Ratsperiode 2016–2021

„Eine Stadt für alle“ – das ist unser Motto. Und das ist uns Anspruch und Aufgabe. Dieser Aufgabe haben wir uns in der ersten Halbzeit der laufenden Ratsperiode weiterhin angenommen, und diesem Anspruch stellen wir uns nach wie vor. Wir tun dies in dieser Ratsperiode in einer neuen Konstellation, mit Bündnis 90/Die Grünen und der FDP als „Ampel“ in einer Partnerschaft. Gemeinsam haben wir wichtige Akzente im Rat der Landeshauptstadt gesetzt, haben wir zwei Doppel-Haushalte (2017/2018 und 2019/2020) mit einem Volumen von deutlich mehr als 2 Milliarden Euro pro Jahr verabschiedet.

Starke Impulse haben wir als SPD-Ratsfraktion unter anderem in der Wohnungspolitik durch die Bereitstellung von Flächen und Fördermitteln, in der Sozialpolitik bei der Obdachlosenhilfe und in der Bildungspolitik durch ein Konzept für Schulen mit besonderen Herausforderungen gesetzt. In der Jugendhilfe haben wir durch die Neuorganisation des Stadtjugendringes, in der Ordnungspolitik mit einem Sicherheitskonzept sowie in der Finanzpolitik durch die Dynamisierung von Zuwendungen an freie Träger wichtige Weichen für die Zukunft gestellt. Und das laufende Jahr steht natürlich unter dem Zeichen der Bewerbung Hannovers zur Kulturhauptstadt Europas 2025.

Der Kulturentwicklungsplan, der hierfür erarbeitet wird, weist bereits über die laufende Ratsperiode, über das Jahr 2021 hinaus. Wie im Übrigen so vieles, was wir bereits angescho-

ben haben. Die rege Bautätigkeit und die steigende Attraktivität unserer Stadt sind Ergebnisse dieser Arbeit. Diesen Kurs setzen wir fort.

Derzeit wird viel in Hannover gebaut und saniert, neue Schulen und neue Kindertagesstätten entstehen, unsere Stadt wächst nach wie vor. Unsere Stadt ist ein attraktiver Wirtschafts- und Veranstaltungsort und wird als Touristikziel immer beliebter – das alles zeigt, dass unsere Politik richtig ist. Es zeigt, dass Hannover tatsächlich eine Stadt für alle ist.

Ihre

Christine Kastning

Fraktionsvorsitzende



Stadtentwicklung und Bau



■ Mitglieder der Arbeitsgruppe:

Lars Kelich (Sprecher),
Angelika Pluskota, Philipp Kreisz

Beratende Mitglieder:

Andreas Markurth, Dipl.-Ing. Christian Kleine,
Prof. Dr. Volker Stölting

In der Zeit der laufenden Wahlperiode seit November 2016 haben wir eigene 70 Anträge und Änderungsanträge, einschließlich der Änderungsanträge zu den beiden Haushalten 2017/2018 und 2019/2020, zusammen mit den Partnern von Bündnis 90/Grüne und FDP in die Ratsgremien eingebracht und beschlossen. Das herausragende Feld ist dabei der Wohnungsbau als Reaktion auf die wachsende Bevölkerungszahl sowie auf die Zuwanderung aus der EU und aus Drittstaaten.

Die weiteren großen Aufgabenfelder waren der stetig wachsende Wunsch der Einwohnerinnen und Einwohner nach Beteiligung an Entwicklungsvorhaben und an der städtebaulichen Gestaltung ihrer Nachbarschaft sowie die Entwicklungen auf dem Verkehrssektor. Stadtentwicklungs- und Bauprojekte werden von der Bevölkerung mit großem Interesse verfolgt. Nicht nur die Betroffenen wollen mitreden, sondern viele an der Stadt interessierte Bürger*innen. Die angebotenen Veranstaltungen werden immer von vielen Menschen engagiert und mit eigenen Ideen begleitet.



Blick auf den Steintorplatz

Neben den Stadtentwicklungsprogrammen „Hannover City 2020+“ und „Mein Hannover 2030“ sowie der Entwicklung der Wasserstadt Limmer sorgte besonders die Entwicklung des Steintorplatzes für große Diskussionen.

Nach längerer Vorbereitung in der Politik wurde im vergangenen Jahr der Bürgerbeteiligungsprozess Steintor begonnen. Wir haben dafür 500.000 Euro zur Verfügung stellen lassen. Im vergangenen Jahr haben neben einer großen Auftaktveranstaltung Platzsafaris, Aktionswochen und Themenabende unter professioneller externer Moderation stattgefunden. Jeder Zwischenschritt wurde ausgewertet und ausgestellt, nun geht die Suche nach der sogenannten „Platz-DNA“ auf die Zielgerade. Nächster Schritt ist der Auftakt zum Planungswettbewerb, bei dem die spannende Aufgabe darin besteht, sämtliche Wünsche und Ergebnisse aus dem bisherigen Beteiligungsprozess einfließen zu lassen. Die detaillierten Ergebnisse sollen Ende des Jahres 2019/Anfang 2020 auf dem Tisch liegen. Wir sind gespannt auf den Ausgang des Verfahrens.

Das Thema Verkehr besteht aus unzähligen Mosaiksteinen, scheinbar kleineren Maßnahmen, die erst zusammengesetzt ein Bild ergeben. Dabei liegt der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) bei der Region Hannover als Träger, sodass in dieser Bilanz die Themen Busse und Bahnen fehlen. Von daher muss das Bild hier unvollständig bleiben. Dennoch haben SPD, Grüne und FDP als Ratsmehrheit Vorschläge zur Steigerung der Attraktivität (zum Beispiel ein 365-Euro-Jahresticket nach Wiener Vorbild) und zum Ausbau der Infrastruktur des ÖPNV gemacht.

Die Straßenausbaubeitragssatzung, kurz Strabs genannt, wurde aufgehoben. Die SPD stellt sich in den kommenden Jahren der Herausforderung, trotz der fehlenden Einnahmen auch künftig in die Straßeninfrastruktur zu investieren. Außerdem soll das Parkraummanagement in der Innenstadt und in den innenstadtnahen Stadtteilen verbessert werden.

Die Stadtverwaltung hat dafür von uns einen Planungsauftrag erhalten, zusammen mit der Citygemeinschaft und der Hanova als Parkhausbetreiberin Lösungsvorschläge zu erarbeiten und zum Beispiel das Parkleitsystem online zur Verfügung zu stellen. Auf diese Weise sollen auch die Park+Ride-Plätze eingebunden werden. Auch das Anwohnerparken soll ausgebaut werden. Neue Parkscheinautomaten, die alle Bezahlarten akzeptieren, sollen angeschafft werden. Die Parkgebühren für öffentliche Parkplätze an den Straßen werden erhöht, zumal in den Parkhäusern genügend Kapazitäten vorhanden sind. Neue Blitzer sollen die Verkehrssicherheit erhöhen, weil die überhöhte Geschwindigkeit eine der Hauptursachen für schwere Verkehrsunfälle ist.

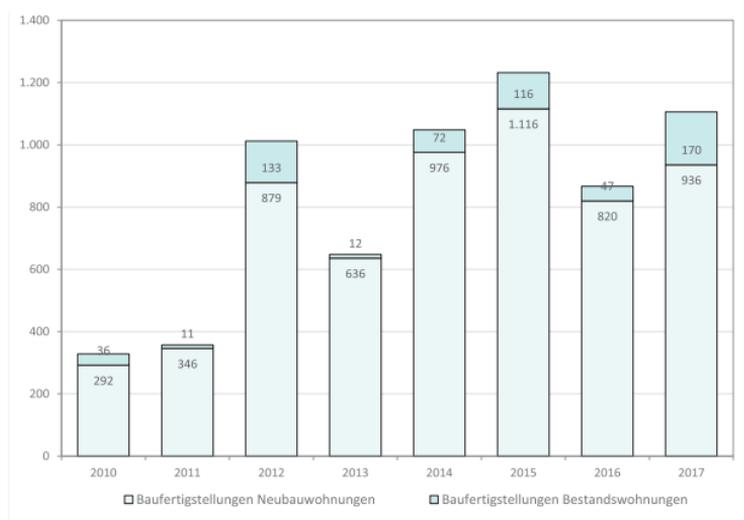
Der Radverkehrsanteil am Modal Split soll in den nächsten Jahren auf 25 Prozent erhöht werden. Dazu wird der Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur vorangetrieben. In Bau oder geplant sind Radschnellwege zur Wasserstadt Limmer und nach Garbsen, Richtung Osten bis nach Lehrte und Richtung Norden nach Langenhagen. Für einen Radweg auf der ehemaligen Kohlenbahn von Linden/Küchengarten Richtung Badenstedt/Davenstedt haben wir der Verwaltung einen Untersuchungsauftrag erteilt. Ebenfalls untersucht werden soll eine Radwegverbindung vom Hauptbahnhof zum Fasanenkrug/Bothfeld. Am Hauptbahnhof besteht Bedarf für ein weiteres Fahrradparkhaus. Zur Erhöhung der Sicherheit sollen alle Schutzstreifen, Radwegführungen besonders an Kreuzungen, mit roter Signalfarbe markiert werden. Für die Förderung des Radverkehrs wurden durch die SPD-geführte Ratsmehrheit in den vergangenen Jahren zahlreiche Programme aufgelegt, darunter das Programm „Lust auf Fahrrad“, das „Aktionsprogramm Radverkehr“, die Sanierung von Radwegen im Rahmen des Straßenbauprogramms „Grunderneuerung im Bestand“, die Planung und Teilkostenübernahme für die bereits erwähnten Radschnellwege und – wie zuletzt zum Haushalt 2019/2020 beschlossen – der Einstieg in die vom ADFC geforderten Velorouten. Durch diese massive Förderung gibt die Landeshauptstadt mittlerweile pro Einwohner so viel für den Radverkehr aus wie Amsterdam, die als eine der Referenzstädte für den Radverkehr gilt.

Wohnungsbau

Das Thema Wohnungsbau ist unmittelbar mit der Frage nach Bauland verbunden. Wir haben auf die steigende Nachfrage nach Wohnraum schon frühzeitig reagiert. Bereits 2010 haben wir die Verwaltung beauftragt, ein Wohnkonzept 2025 zu erarbeiten. Es liegt seit Anfang 2014 vor. Seither wurden Baurechte für über 10.000 Wohneinheiten in zahlreichen Bebauungsplänen geschaffen, um Investoren genügend Flächen zur Verfügung stellen zu können. Die Zeitvorläufe von der Idee bis zum Anrollen der ersten Baumaschinen zeigt sich zum Beispiel am Entwicklungsgebiet Kronsrode (Kronsberg-Süd). 2014 beauftragte die Politik die Verwaltung, die Flächen zu entwickeln. Bereits im Jahr 2018 wurde mit der Erstellung der Erschließungsstraße begonnen, 2021/22 werden die ersten Bewohner*innen einziehen können.

Baufertigstellungen in Hannover

Errichtung neuer Wohnungen im Neubau und durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden (inklusive Wohnheime) 2010 bis 2017



Quelle: Landesamt für Statistik Niedersachsen

Vor anderthalb Jahren haben wir die Verwaltung beauftragt, die Flächen der Schwarzen Heide westlich der Stelinger Straße planerisch für eine Bebauung zu entwickeln. Die Schwarze Heide ist eine der letzten freien landwirtschaftlichen Flächen, die sich nach heutigem Stand innerhalb der Stadtgrenzen aufgrund ihrer Lage für eine Bebauung anbieten. Wegen der begrenzten Flächenauswahl für eine Entwicklung ist im gleichen Jahr eine weitere Fläche in den Fokus gerückt, die aber als sehr schwierig gilt. Die 40 Hektar große Fläche der ehemaligen Ö raffinerie der Deurag-Nerag in Misburg gilt wegen der nicht abzusehenden Anzahl an Fliegerbomben aus dem Zweiten Weltkrieg als riesige Altlast. Gleichwohl haben wir die Verwaltung aufgefordert, mit dem Eigentümer Gespräche über eine Sanierung oder den Verkauf der Flächen aufzunehmen.

Außerdem wird mit Hochdruck an der Umwandlung bzw. Umnutzung von Bestandsflächen zugunsten von Wohnen und nichtstörendem Gewerbe gearbeitet. Aktuelle Vorhaben sind das ehemalige Postscheckamt an der Herschelstraße in Mitte, die ehemalige Feuerwache 1 in der Calenberger Neustadt oder das Bumke-Gelände in der Nordstadt. Beim Wohnungsbau geht es darüber hinaus immer wieder um die Problematik, den Wohnraum bezahlbar zu halten, sodass auch im Neubau ein Angebot für Gering- und Normalverdienende gemacht werden kann und in diesem Segment genügend Wohnungen zur Verfügung gestellt werden. Dies stellt die Stadt Hannover vor große finanzielle Herausforderungen. Die Förderquote für den sozialen Wohnungsbau auf städtischen Flächen oder in neuen Bebauungsplänen haben wir im vergangenen Jahr auf 30 Prozent erhöht, in Ge-

bieten, wo der Anteil an Sozialwohnungen ohnehin schon hoch ist, auf 25 Prozent. Zur Entlastung der Investoren und um den Wohnungsbau günstiger zu machen, haben wir eine Änderung der Stellplatzsatzung vorgeschlagen. Für eine Belegrechtswohnung muss demnach nur noch ein halber Stellplatz nachgewiesen werden, für andere Wohnungen lautet der Schlüssel – je nach Stadtbezirk – 0,6 bis 0,8. Vorher war pro Wohnung ein Stellplatz notwendig.

Mit dem Haushalt 2019/2020 haben wir beschlossen, ab 2019 zusätzliche 3,021 Millionen Euro für die Förderung von weiteren 90 Sozialwohnungen zur Verfügung zu stellen. Um auch in Zukunft auf den weiteren Bedarf an Wohnraum zu reagieren, erhält die städtische Tochter Hanova eine Kapitalerhöhung. Damit soll die Hanova in den nächsten zehn Jahren finanziell in die Lage versetzt werden, sich aktiv an der Erstellung von neuen Wohnungen zu beteiligen.

Die Hanova ist der größte Investor beim Bau von preisgünstigen Wohnungen. Das aktuelle Bauprogramm beträgt über 2.000 Wohneinheiten. 400 Wohnungen entstehen auf der sieben Hektar großen Fläche des ehemaligen Oststadtkrankenhauses. 98 Wohneinheiten – sogenannte Mikroapartments für Studierende – werden am Klagesmarkt gebaut. Am Südbahnhof entstehen 142 Wohneinheiten. In Misburg werden 76 familienfreundliche Wohnungen gebaut. Außerdem sollen hier in den kommenden Jahren weitere 100 Wohnungen und 14 Doppelhaushälften realisiert werden. 87 Wohnungen werden in Kirchrode (Trautenauer Hof), 63 seniorengerechte Wohnungen in der Südstadt (Krausenhöfe),

100 Wohnungen und 14 Doppelhaushälften im Heideviertel gebaut, und an den Ohe-Höfen in der Calenberger Neustadt ist Hanova mit 38 Wohneinheiten beteiligt. Auf dem Kronsberg werden 16 Reihenhäuser und zwei Mehrfamilienhäuser mit 96 Wohnungen gebaut. In Seelhorst ist ein Projekt mit 95 Wohnungen geplant, an der Podbielskistraße 76 Wohnungen und am Körnerplatz neben der Uni 76 weitere Mikroapartments. Im Neubaugebiet Kronsrode will sich die Hanova mit 260 Wohneinheiten und einer Kindertagesstätte beteiligen. Außerdem hat Hanova in jüngster Vergangenheit 14 Wohnheime für Geflüchtete und Obdachlose mit rund 900 Plätzen erstellt.

Neubaugebiet Kronsrode (Planungsskizze)





■ Mitglieder der Arbeitsgruppe:

Robert Nicholls (Sprecher), Hülya Iri, Angelo Alter

Beratende Mitglieder:

Philipp Kreis, Birgit Merkel, Reinhold Fahlbusch

Kommunale Sozialpolitik stellt sich den Herausforderungen trotz enger finanzieller Spielräume. Denn es gilt, allen Bewohner*innen der Stadt die Teilhabe an einem selbstbestimmten Leben zu ermöglichen und nicht nur auf krisenhafte Situationen zu reagieren. Im besten Falle wird das eigenverantwortliche Handeln gestärkt und ein Umfeld geschaffen, in dem jede*r Einzelne auch die Übernahme von Verantwortung für die Mitmenschen befürwortet. Für uns Sozialpolitiker*innen der Fraktion ist dieser präventive Ansatz jedoch nicht ohne eine enge Abstimmung mit anderen kommunalen Handlungsfeldern wie Bildung und Wohnungsbau zu bewerkstelligen. Für die Bewältigung der Aufgaben durch Inklusion, Teilhabe, den demografischen Wandel und den Zuzug in unsere wachsende Stadt wollen wir gute Rahmenbedingungen schaffen, die sich auch immer an den Interessen der Menschen orientieren. Sozial im Dialog, für eine Stadt, die lebenswert für alle Menschen sein will!

Quartiersentwicklung

Im Rahmen der sozialen Quartiersentwicklung wollen wir den Bedürfnissen der steigenden Zahl von selbstständig lebenden Menschen jeden Alters mit Behinderung mit Rechnung tragen. Die Forderung: ein (weiterhin) selbstständiges Leben muss durch ein größeres Angebot an barrierefreiem Wohnraum, in (betreuten) Wohngemeinschaften oder anderen Wohnformen mit Hilfe integrierter oder mobiler Hilfsdienste ermöglicht werden. Die hannoverschen Wohnungsunternehmen sollen sich auch künftig an dem Ausbau beteiligen. Die Ausrichtung stationärer Alten- und Pflegezentren hin zu Quartierszentren und die Weiterentwicklung der städtischen Alten- und Pflegezentren stehen ebenfalls auf unserem Plan. Dazu passt in den zurückliegenden Jahren unsere Förderung von Projekten, die sich generationenverbindend für ein gesellschaftliches Miteinander einsetzen.

Der „Kompass“ am Raschplatz



Hilfe für Angehörige in belastenden Situationen

Die Diagnose Demenz verändert nicht nur das Leben der Erkrankten, sondern auch das der Angehörigen. Häufig stehen die nächsten Verwandten unter einer enormen Dauerbelastung und benötigen psychologische Hilfen, die über die Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen und der Pflegeversicherung weit hinausgehen. Hier bietet beispielhaft ein Projekt des Diakoniewerks Kirchröder Turm Hilfe und Unterstützung, für das wir uns stark gemacht haben. Erfahrene Mitarbeiter*innen bieten in Gesprächskreisen in geschützter Atmosphäre die Möglichkeit, sich mit anderen Betroffenen über die Erkrankung auszutauschen. Die Angebote richten sich insbesondere an Betroffene im Anfangsstadium der Erkrankung, pflegende Ehe- oder Lebenspartner*innen sowie erwachsene Söhne und Töchter von Erkrankten.

Selbstbestimmt leben in allen Lebenslagen

Die Beratungs- und Unterstützungsangebote für Menschen mit Behinderungen haben wir mit dem Ziel ausgeweitet, dass insbesondere junge Menschen in ihrem Quartier selbstbestimmt leben können. Darüber hinaus haben wir die Unterstützung für Kulturangebote in den Stadtteilen erhöht, die sich an Menschen mit und ohne Behinderungen wenden. Damit wird ein großer Benefit erzielt, denn so wird Inklusion gelebt und gleichzeitig erhalten Kulturschaffende eine Bühne für gemeinsame Darbietungen aller Art. Beispielhaft ist hier das Begegnungszentrum „Normal in Linden“ (NiL) zu nennen. Ebenso haben wir die finanziellen Hilfen für Angebote der Beratungsstelle Mittendrin e.V. verstetigt, die den Bedarf zu Fragen des Übergangs von der Schule in den Beruf deckt – hier ist die Nachfrage enorm angestiegen.

Fortentwicklung der Nachbarschaftsarbeit

Seit dem Ende des Förderprogramms „Soziale Stadt“ in Mittelfeld ist der Bewohner- und Stadtteilverein „SchMitt e.V. – Schönes Mittelfeld“ ein wesentlicher Baustein zur Sicherung der Nachhaltigkeit der erzielten Ergebnisse. Die SPD setzt hier einen ihrer Schwerpunkte und fördert mit dem „STARKEN HAINHOLZ“ die kontinuierliche Arbeit an einem konstruktiven Umgang auf allen Ebenen mit Konflikten in den Einrichtungen im Stadtteil. Das gilt auch für die Nachbarschaftsarbeit im Canarisweg am Mühlenberg, der künftig noch besser nach den Bedürfnissen der Bewohner*innen ausgerichtet werden soll. Durch eine neue sozialpädagogische Personalstelle ist es möglich, mit den Bewohner*innen gemeinsam Projekte zu entwickeln und zu betreuen. Gerade Angebote für Frauen in belasteten Lebenslagen sind am Canarisweg wichtig und sollen gemeinsam mit den Frauen entwickelt werden.

Hilfe für Menschen in der Obdachlosigkeit

2017 haben wir ein wichtiges Modellprojekt per Ratsauftrag auf den Weg gebracht: Das niedrigschwellige Wohnangebot soll nach dem Grundsatz „Housing First“ Menschen einen Weg aus der Obdachlosigkeit weisen. Das Prinzip: Zunächst Privatsphäre und ein Dach über dem Kopf und dann – nach einer gewissen Stabilisierung – passende Hilfsangebote. Derzeit entwickelt sich ein Projekt, das genau diesen Ansatz verfolgt, über eine Stiftung mit privaten Spendern die Möglichkeit zu eröffnen, Menschen einen konkreten Weg aus der Wohnungslosigkeit aufzuzeigen. Jetzt muss hier auch die hannöversche Wohnungswirtschaft in Zusammenarbeit mit der Stadt Hannover Engagement zeigen. Verschiedene Unternehmen, wie etwa die kommunale Wohnungsgesellschaft Hanova sind hier bereits tätig. Wichtig ist, dass die Schaffung von Wohnraum auch für gegenwärtig obdachlose Menschen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrgenommen wird, die sich ebenso an die Wohnungswirtschaft wie auch an die Stadt richtet.

Hilfe für obdachlose Menschen

Alltagsunterstützende, aufsuchende Sozialarbeit, die sich an Menschen mit multiplen Alltagsbelastungen in Armut und prekärer sozialer Situation wendet, kann ebenfalls dazu beitragen, Obdachlosigkeit zu vermeiden. Wir setzen uns für die Unterstützung einer Initiative in der Jobst-Wagenschen Stiftung ein, weil hier gezielte Angebote dazu beitragen, schnell und niedrigschwellig Problemsituationen zu identifizieren und zu lösen. Diese Angebote stellen außerdem die Brücke zu den weiteren Hilfesystemen (Schuldnerberatung, Suchtberatung, Pflege etc.) dar.

Johann Jobst Wagensche Stiftung



Angesichts des dringenden Bedarfs unter anderem zur Verbesserung der Gesundheitssituation von obdachlosen und wohnungslosen Menschen soll ein Zentrum für Wohnungslosenhilfe in der Mitte der Stadt entstehen. Wir fordern ein Konzept für ein innerstädtisches Zentrum für Gesundheit, Erstversorgung, Prävention und

Beratung (ZGEPB) für Wohnungslose und für von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen vorzulegen. Hierzu sollen die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege (AGW) in Stadt und Region Hannover gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um unter Zusammenführung aller verfügbaren Kräfte den höchstmöglichen Synergieeffekt zu erzielen. Zur Klärung der Finanzierung des Zentrums für Wohnungslosenhilfe setzen sich die Stadt und die Region Hannover ins Benehmen. Förderungen des Landes für ein solches sogenanntes Hygienezentrum sollen nach Möglichkeit beantragt werden.

Die humane Unterbringung von Obdachlosen wurde ebenfalls in den politischen Fokus von SPD, Grünen und FDP genommen. Zum Haushalt 2019/2020 haben wir eine weitere Stelle beschlossen, die die Einhaltung der Betreiberverträge für Gemeinschaftsunterkünfte kontrolliert. Auf den Weg gebracht haben wir außerdem die konzeptionelle Weiterentwicklung der Unterbringungsstandards (mehr Privatsphäre, Gewaltschutzkonzepte, besserer sozialarbeiterischer Betreuungsschlüssel).



■ Mitglieder der Arbeitsgruppe:

Christopher Finck (Sprecher), Dr. Maxi Ines Carl,
Kerstin Klebe-Politze

Stellvertretende Mitglieder:

Afra Gamoori, Bruno Gill, Belgin Zaman

Beratende Mitglieder mit Stimmrecht im
Jugendhilfeausschuss:

Willi Duckstein, Birgit Merkel, Burkhard Teuber

Beratende Mitglieder: Nina Böhme,
Michael Homann, Christoph Kröner

Die SPD hat in der ersten Halbzeit der Wahlperiode wesentliche Weichen für die Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Hannover gestellt: Zuvorderst ist die Organisationsentwicklung des Stadtjugendrings zu nennen. Nach einer langen Arbeits- und Beratungsphase haben wir mit dem Haushalt 2019/2020 den Stadtjugendring und die Jugendverbandsförderung neu geordnet und mit knapp 320.000 Euro den Grundstein für eine verlässliche Finanzierung und Weiterentwicklung gelegt. Denn Jugendverbände sind für uns wichtige Partner und Werkstätten der Demokratie.

Auch für die Fortführung des Modellprojekts „Jugendgerechte Kommune“ haben wir uns eingesetzt. Wir wollen mehr Beteiligung von Jugendlichen durch die Etablierung eines Jugendbeteiligungsbüros im Zentrum der Stadt. Wir wollen die Interessen und Bedarfe junger Menschen systematisch in Verwaltung und Stadtgesellschaft berücksichtigen und Kindern sowie Jugendlichen die Möglichkeiten geben, ihre Ideen selbstständig umzusetzen. Um unsere Politik noch stärker an den Interessen der Jugendlichen auszurichten, werden wir 2019 eine umfangreiche Jugendbefragung an allen weiterführenden Schulen in Hannover durchführen.

Die SPD-Fraktion zu Besuch auf dem Stadtteilbauernhof im Sahlkamp



Wir haben uns dafür eingesetzt, die Betreuungssituation von Krippen- und Kindergartenkindern zu verbessern, indem sich die Planungsaktivitäten der Stadt noch stärker auf die unterversorgten Stadtteile fokussieren. Die Beitragsfreiheit im Kindergarten begrüßen wir sehr. Eine zusätzliche Entlastung für kinderreiche Familien haben wir durch den Erhalt des Geschwisterbonus bis August 2020 erreichen können. Danach wollen wir die Elternbeiträge in der Krippe neu und sozial gerechter ordnen.

Unsere Jugendpolitiker*innen pflegen einen engen und vertrauensvollen Austausch mit den Trägern der Jugendhilfe und haben wiederholt zu Gesprächen ins Neue Rathaus eingeladen. Durch die Dynamisierung der Personalkosten bei freien Trägern ab 2021 haben wir vielen Vereinen und Einrichtungen eine neue Perspektive gegeben. Das ist uns ebenfalls sehr wichtig; denn ihre Arbeit sorgt für mehr Zusammenhalt in unserer Stadt.

Aufgrund unserer Anträge wurde u.a. im Herbst 2018 ein Fachtag zur Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Hannover durchgeführt und der Fortbestand des Seilgartens in der Eilenriede gesichert. Das Jugendsportzentrum wird einen neuen BMX-Parcours erhalten.

Insgesamt haben wir im Doppelhaushalt 2017/18 gut 620.000 und im 2019/20 fast 1,85 Millionen Euro für die Weiterentwicklung der Belange von Kindern, Jugendlichen und Familien in Hannover eingesetzt. Wesentliche weitere Anträge im Überblick:

Kinder und Jugendarbeit:

- Wir haben die Stelle des Stadtjugendpflegers wieder eingerichtet.
- Wir fördern queere Jugendarbeit durch die Einrichtung eines queeren Jugendzentrums sowie mehr Bildungs- und Aufklärungsarbeit zur Vielfalt von LSBT*Lebensweisen durch Schlaue e.V.
- Wir haben das Betreuungsprojekt Möhringsberg gesichert und die inklusive Jugendarbeit (Inklusives Jugendzentrum Hannover-Linden) und die Mädchenarbeit (Mädchenhaus Hannover e.V.) gestärkt.
- Wir haben die Einrichtung eines offenen Treffs für bilinguale Kinder (Märchenkoffer e.V.) unterstützt.
- Wir haben die einzige Einrichtung für Kinder- und Jugendarbeit in der Calenberger Neustadt (Lückekinder Oberstrolche) gesichert und das Leckerhaus e.V. in Stöcken gestärkt.
- Gestärkt haben wir auch die mobile aufsuchende Jugendarbeit (MAJA), und gefördert haben wir die Fachberatung Kindertagesbetreuung (Kindertagesbetreuung Hannover e.V.).

Jugendschutz:

- Wir haben die Sachkosten für das begleitete Jugendwohnen erhöht und die Beratung und Unterstützung schülmüder und schulverweigernder Jugendlicher (AWO KonneX und Glashütte) gesichert.
- Wir unterstützen das Hannoversche Präventionsprojekts für Familien mit psychisch erkrankten Eltern (BAF e.V.).

Jugend- und Familienberatung:

- Wir haben uns für die Online-Beratung gegen sexuellen Missbrauch von Violetta e.V. eingesetzt und die Arbeit mit Jungen und Männern im Gewaltinterventionsbereich (mannigfaltig e.V.) sowie das soziale Training für gewalttätige Väter (Männerbüro Hannover e.V.) unterstützt.
- Wir haben die kostenlose Beratung in hoch- eskalierten Elternkonflikten (Waage e.V.) erhalten und die Unterstützung von Familien mit schwer erkrankten oder behinderten Kindern (Projekt Geschwisterkinder-Netzwerk) gesichert.

Jugendzentrum Voltmerstraße



Chancen schaffen gegen Kinderarmut



Abschlussveranstaltung zur Kampagne „Gemeinsam Chancen schaffen gegen Kinderarmut“ am 23. Februar 2019

Im Rahmen unserer Kampagne „Gemeinsam Chancen schaffen gegen Kinderarmut“ haben wir unter anderem mit Netzwerktreffen und einer großen Abschlussveranstaltung für das Thema sensibilisiert. Als Ratsfraktion setzen wir ein klares Zeichen, dass wir es politisch nicht hinnehmen, wenn mehr als jedes vierte Kind in Hannover von Armut bedroht ist. Gemeinsam mit Fachleuten aus Kindertagesstätten, Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit wurde ein umfangreicher Forderungskatalog erarbeitet, der sich an die Kommune, das Land und den Bund richtet.

Für die Kommune haben wir bereits jetzt einiges erreicht – vor allem mit Verabschiedung des Haushalts 2019/20: Die Familienzentren als zentrale Anlaufstelle wurden durch die Verstetigung einer Stelle zur Fachberatung, die Erhöhung der Basisförderung und der

Förderung einzelner Programme wie Rucksack in der Kita, Stadtteilerlern, Gemeinsam-Wachsen-Gruppen gestärkt. Das hierfür eingesetzte Volumen beträgt insgesamt rund 582.000 Euro. Ebenso gestärkt haben wir die Eltern- und Familienarbeit sowie -beratung durch die Erhöhung der Ansätze für Elterntreffs und Familienbildungsstätten um 100.000 Euro. So können beispielsweise Kurse der Familienbildungsstätten kostenfrei bleiben.

Unsere Forderungen sind zu finden unter <https://spdratsfraktionhannover.de/imperia/md/content/bezirkhannover/spdratsfraktionhannover/forderungen.pdf/forderungen.pdf>.

Schule und Bildung



- **Mitglieder der Arbeitsgruppe:**
Afra Gamoori (Sprecherin), Henning Hofmann,
Dr. Jens Menge

Beratende Mitglieder:

Kerstin Klebe-Politze, Claudia Bax, Julia Grunewald,
Hans-Dieter Keil-Süllow, Michael Klie, Ulrike Strauch,
Alexandra Vanin

Als politisches Leitziel haben wir es uns gesetzt, für mehr Bildungsgerechtigkeit in Hannover zu sorgen. Deswegen setzen wir uns besonders stark ein für ...

- ... Schüler*innen aus sozial benachteiligten Verhältnissen und gegen Kinderarmut.
- ... die Stärkung von Integrierten Gesamtschulen und Grundschulen.
- ... sanierte und neue Schulgebäude und mehr Räumlichkeiten.
- ... zeitgemäße und materiell sowie personell bestmöglich ausgestattete Schulen.
- ... eine echte inklusive Beschulung an jedem Schulstandort.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Stadtentwicklung, steht gerade der Bereich Schule und Bildung vor großen Herausforderungen: In den letzten fünf Schuljahren hat die Zahl der hannoverschen Schüler*innen um fast 1.400 zugenommen. Für sie musste und muss weiterhin in erheblichem Umfang der entsprechende Schulraum geschaffen werden. Hinzu kommen die Herausforderungen durch die Rückkehr zu G9, dem Abitur nach 13 Schuljahren, die Umsetzung von Barrierefreiheit, die Sanierung der WC-Anlagen sowie Maßnahmen zu Brandschutz und Fluchtwegen.

Nachdem im Schuljahr 2016/17 das 17. hannoversche Gymnasium seine Arbeit aufgenommen hat, werden inzwischen das 18. Gymnasium sowie eine zusätzliche weiterführende Schule geplant. Unsere Forderung ist es, neben einem Gymnasium in Form eines inklusiven Schulversuchs auch eine neue Integrierte Gesamtschule (IGS) zu gründen. Zur Stärkung der IGSen haben wir als SPD-Ratsfraktion ein entsprechendes Positionspapier erarbeitet. Darin fordern wir eine Stärkung der bestehenden IGSen durch bauliche Unterhaltung und vor allem durch die Einrichtung einer Oberstufe, wo diese noch nicht besteht.

An den Grundschulen hat sich der Ganztags – auch durch die Verbesserung der Qualität und der Finanzierung – inzwischen durchgesetzt: 43 der 60 hannoverschen Grundschulen arbeiten im Ganztagsbetrieb. Neun weitere Schulen haben bereits ihr Interessen daran bekundet.

Das haben wir erreicht:

- **Schulsanierung/-neubau:** Rund 226 Millionen Euro wurden und werden in dieser Ratsperiode in die Schulsanierung, in Erweiterungsbauen und in den Neubau von Schulen investiert. Für die Jahre 2020 bis 2025 werden bereits weitere 210 Millionen Euro hierfür angesetzt. Hinzu kommen in den nächsten zehn Jahren Mittel von über 400 Millionen Euro aus dem Investitionsmemorandum, das wir vor vier Jahren beschlossen haben, darunter rund 24,3 Millionen Euro für Schultoiletten.

Grundschule im Kleefelde



- **Stärkung der Integrierten Gesamtschulen:** Auf unseren Antrag hin werden, wie im Wahlprogramm versprochen, mit der IGS Bothfeld und der IGS Südstadt zwei weitere Integrierte Gesamtschulen ab dem Schuljahr 2019/2020 durch die Einführung von Oberstufen gestärkt. Darüber hinaus haben wir die Verwaltung beauftragt zu prüfen, ob zusätzlich an drei Standorten Primarstufen errichtet oder eine Kooperation mit einer benachbarten Grundschule eingegangen werden können. Das Projekt der Somerschule, das an sieben hannoverschen IGSen angeboten wird, haben wir auf finanziell sichere Füße gestellt.
- **Weiterer Ausbau der Ganztagsgrundschulen und Überarbeitung des Mittagessenkonzeptes:** Die Finanzierung der Nachmittagsangebote wurde deutlich verbessert. Ab dem Schuljahr 2019/2020 stehen pro Kind und Jahr statt 1.935 nun 2.531 Euro zur Verfügung; das ist eine wesentliche Investition in die Qualität. Auch in Bezug auf die Räume wird es Verbesserungen geben: Wo Horte sich in den Gebäuden der Ganztagsgrundschulen befinden, sollen diese geschlossen und die Räume dem Ganztags zur Verfügung gestellt werden. Eine Rahmenkonzeption zur Mittagessenversorgung wird von der Verwaltung vorbereitet.
- **Das Bildungsbüro Hannover** haben wir mit einer zusätzlichen Personalstelle gestärkt, damit jedes zugezogene Kind schnell einen passenden Schulplatz erhält. Zudem stehen ab diesem Jahr jährlich 120.000 Euro für interkulturelle Bildungsarbeit zur Verfügung.
- **Inklusion:** Wir haben die Verwaltung beauftragt, in Abstimmung mit dem Inklusionsbeirat und dem Land Niedersachsen ein Konzept zu erarbeiten, wie insbesondere weiterführende Schulen bei der Umsetzung von Inklusion unterstützt werden können.
- **Digitalisierung:** Seit dem Schuljahr 2017/18 wird der von uns initiierte Medienentwicklungsplan erprobt. Die Ergebnisse und Erfahrungen aus den Modellschulen werden wir auswerten und den weiteren Ausbau aktiv begleiten.

Unterstützung für Schulen mit besonderen Herausforderungen

Auf unseren Antrag hin hat die Verwaltung ein entsprechendes Konzept für Schulen erarbeitet, deren Schüler*innenschaft unter anderem einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Kindern aus einkommensarmen Familien, aus Haushalten Alleinerziehender, mit geringen Deutschkenntnissen, mit erhöhtem (sonder-)pädagogischen Förderbedarf oder schulvermeidendem Verhalten aufweist.

Diese Schulen sollen durch ganzheitliche, auf die spezielle Situation am Schulstandort abgestimmte Handlungskonzepte und den Einsatz multiprofessioneller Teams in besonderem Maße unterstützt werden. Ergänzt durch das Landesprogramm „Schule PLUS“ profitieren acht hannoversche Schulen davon. Im Haushalt 2019/2020 wurden dafür insgesamt 750.000 Euro eingestellt.

Leonore-Goldschmidt-Schule (vormals IGS Mühlenberg)





■ **Mitglieder der Arbeitsgruppe:**
Belgin Zaman (Sprecherin), Robert Nicholls,
Andreas Markurth

Beratende Mitglieder:
Dr. Maxi Ines Carl, Dr. Karin Gafert, Prof. Dr. Gregor Terbuyken

Die Gestaltung eines attraktiven kulturellen Lebens in Hannover, welches alle gesellschaftlichen Gruppen anspricht, ist ein wesentliches Ziel unserer Kulturpolitik. Wichtige Schwerpunkte in den vergangenen Jahren waren zudem die Stärkung der Kultureinrichtungen, die Förderung innovativer, kreativer und interdisziplinärer Projekte sowie der Ausbau von Angeboten der kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche.

Das Erreichte im Überblick:

- Wir stärken die städtischen Kultureinrichtungen. So haben wir die Erstellung eines Sanierungsfahrplans für die Stadtteilzentren Ricklingen und Lister Turm sowie das Freizeitheim Linden beauftragt. Zudem haben wir die Einrichtung neuer Dauerausstellungen in den städtischen Museen für Kulturgeschichte und die Einrichtung eines Ankaufsetats für das Sprengel Museum beschlossen. Außerdem wollen wir die Zusammenarbeit der Museen in der Innenstadt, insbesondere im Bereich des Marketings, ausbauen.
- Die Grundlagen für den Zugang zu Kultur werden schon im Kindesalter gelegt. Wir wollen, dass alle Kinder Zugang zu kulturellen Angeboten bekommen, und fördern deshalb bewusst verschiedene Initiativen, die sich hier stark engagieren, wie das Junge Schauspiel, die Kunst-



Skulptur „Another Twister“ von Alice Aycock vor dem Sprengel Museum

schule KunstWerk, das Kindermuseum Zinnober, die Streicherakademie oder die hannoverschen Chöre. Wir haben außerdem einen Modellversuch beschlossen, mit dem bis zum Jahr 2020 Kinder und Jugendliche kostenlosen Eintritt in den städtischen Museen erhalten.

- Um die Entwicklung der hannoverschen Kulturlandschaft zu befördern, haben wir den Innovationsfonds Kunst & Kultur eingerichtet, aus dem neue, kreative Projekte gefördert werden. Nach den positiven Erfahrungen aus den ersten Jahren haben wir dieses Förderprogramm bis 2026 mit 100.000 Euro jährlich verstetigt.
- Die Kulturtreffs leisten einen wichtigen Beitrag zum kulturellen Leben in den Stadtteilen. Deshalb haben wir zusätzliche Mittel in Höhe von 100.000 Euro pro Jahr für die Stärkung der vereinsgetragenen Kulturtreffs bereitgestellt. Als neuer Kulturtreff hat im vergangenen Jahr das „Hölderlin EINS“ in Kleefeld seine Arbeit aufgenommen.
- Seit 2014 ist Hannover „UNESCO City of Music“. Dieser Titel ist für uns sowohl Auszeichnung als auch Ansporn, die vielfältige Musikszene weiter zu fördern. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir sowohl die Musikprojektförderung als auch die Fördermittel für international ausgerichtete Musikprojekte im Rahmen der City of Music deutlich erhöht. Zudem werden einige Ensembles und Einrichtungen, wie das Orchester im Treppenhaus, das Ensemble Megaphon und die Tonhalle Hannover dauer-

haft gefördert. Mit „BackwardPlayForward“, dem Zentrum für Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Musiktechnik, bekommt Hannover eine weitere Musikinstitution, die den hohen Stellenwert der Musik für Hannover herausstellt.

- Im Bereich der Darstellenden Kunst haben wir insbesondere die Freien Theater und den Tanz in den Blick genommen. Hier haben wir mehr Gelder zur Verfügung gestellt, um den Freien Theatern die Einhaltung der Honoraruntergrenze zu ermöglichen, und haben die Spielstätten mit der Fortsetzung der Spielstättenförderung gestärkt.
- Zur Förderung der Bildenden Kunst in Hannover haben wir die städtische Atelier- und Projektraumförderung verstetigt. Außerdem fördern wir die Agentur für kreative ZwischenRaumNutzung und die Artothek Hannover. Auch in diesem Bereich haben wir die Projektfördermittel aufgestockt.
- Die Förderung der Erinnerungskultur ist ein wichtiger Bestandteil unserer Kulturpolitik. Wir haben deshalb Mittel für die Errichtung eines zentralen Lernorts zur Stadtgeschichte im Nationalsozialismus bereitgestellt, der unter dem Namen „ZeitZentrumZivilcourage“ in diesem Jahr gegenüber dem Neuen Rathaus eröffnen wird.
- Die Internationalisierung ist ein Trend, dessen Ausgestaltung auch für die Kultur wichtig ist. Hier haben wir zusätzliche Mittel für die internationale Kulturarbeit der Stadt bewilligt und einen Fördertopf eingerichtet, mit dem der Austausch mit den sieben Partnerstädten der Landeshauptstadt Hannover gefördert wird.

Der neue Anbau des Sprengel Museums



Bewerbung als Kulturhauptstadt Europas 2025

Bereits in unserem Wahlprogramm haben wir die Forderung formuliert, dass Hannover sich als Kulturhauptstadt Europas 2025 bewerben soll. Im Februar 2018 haben wir die Bewerbung durch Beschluss des Kulturausschusses und des Rates auf den Weg gebracht und bringen uns seitdem aktiv in den Bewerbungsprozess ein, um diesen zum Erfolg zu führen. Besonders wichtig ist uns der Kulturentwicklungsplan, eine langfristige kulturpolitische Strategie als Bestandteil der Bewerbung. Dieser wird unabhängig vom Erfolg der Bewerbung umgesetzt werden.

Anfang März wurde das Motto der hannoverschen Bewerbung zur Kulturhauptstadt vorgestellt: „HIER JETZT ALLE für Europa“ stellt eine gelungene Überschrift über die Bewerbung dar, die damit einen sehr politischen, in die Zukunft weisenden Akzent tragen wird.

„Vorwärts nach weit?“ – Veranstaltung der SPD-Fraktion zur Kulturhauptstadt-Bewerbung am 8. November 2017



Sport



- **Mitglieder der Arbeitsgruppe:**
Angelo Alter (Sprecher), Peggy Keller,
Kerstin Klebe-Politze (Ausschussvorsitzende)

Beratende Mitglieder:
Florian Spiegelhauer, Christoph Kröner,
Andreas Pieper

Sport ist ein wichtiger Bestandteil des gesellschaftlichen Miteinanders in unserer Stadt. Deshalb ist uns die Förderung der hannoverschen Sportvereine und zunehmend auch des Sports außerhalb von Vereinen ein besonderes Anliegen. In den vergangenen Jahren lagen unsere Schwerpunkte auf Investitionen in Sportstätten und der Unterstützung der Sportentwicklung.

Das haben wir erreicht:

- Wir haben beschlossen, dass das Misburger Bad und das Fössebad neu gebaut werden sollen. Das Fössebad wird auf unseren Wunsch hin mit einer 50-Meter-Bahn ausgestattet und soll nach Fertigstellung des Hallenbads wieder ein Außenbecken erhalten. Für die Neubauten der beiden Bäder stehen insgesamt rund 40 Mio. Euro zur Verfügung. Die Beteiligung der Bevölkerung in den Stadtbezirken haben wir mit der Durchführung von Informationsveranstaltungen und der Beteiligung von Nutzer*innengruppen bei der Gestaltung der Außenbereiche sichergestellt.
- Der von uns in Auftrag gegebene Sportentwicklungsplan liegt seit Herbst 2016 vor und ist eine wichtige Leitlinie unserer Sportpolitik. Aus den Mitteln zur Umsetzung der Sportentwicklungsplanung haben wir unter anderem den Ausbau der Inlinerstrecke in der Eilenriede und den Bau von Bootsanlegestellen an Ihme und Leine finanziert.

- Wir haben einen Fördertopf eingerichtet, um die Pflege und Sanierung von Vereinssportanlagen zu ermöglichen. Als erste Maßnahme soll mit diesen Mitteln die Sportanlage Roderbruch saniert werden.
- Integration und Inklusion sind gesellschaftliche Herausforderungen, die auch den Sport betreffen. Um Vereine zu unterstützen, die integrative und inklusive Angebote schaffen, haben wir Fördermittel in Höhe von 70.000 Euro pro Jahr bereitgestellt. Zudem fördern wir die inklusive und barrierefreie Umgestaltung von Sportanlagen.
- Um im Bereich des Fun-Sports zukünftig auch bauliche Maßnahmen fördern zu können, haben wir einen Fördertopf in Höhe von 100.000 Euro pro Jahr eingerichtet.
- Wir haben die Verteilung der Schwimmzeiten für Vereine in den städtischen Bädern evaluieren lassen und hierdurch einen guten Überblick über die Bedarfe und Wünsche der Schwimmvereine erhalten. Die im Rahmen der Haushaltskonsolidierung notwendig gewordene Erhöhung der Bäderpreise haben wir durch einen Änderungsantrag sozial verträglich gestaltet.

Das Kunststoffrasenplatzprogramm

Mit Beschluss des Haushalts 2017/18 haben wir ein Konzept zu einem Kunstrasenplatzprogramm in Auftrag gegeben, das im Mai 2018 beschlossen wurde. Ziel des Programms ist der Bau von sieben bis zehn Kunstrasenplätzen auf Vereinssportanlagen in Hannover. Damit schaffen wir zusätzliche Kapazitäten für den Vereinssport, zumal Kunstrasenplätze eine deutliche höhere Nutzungsdauer haben. Für die Umsetzung des Programms haben wir Mittel in Höhe von knapp 6 Millionen Euro bis zum Jahr 2023 zur Verfügung gestellt. Im März 2019 haben wir den Bau der ersten beiden Plätze aus dem Programm beschlossen.



Umwelt und Grünflächen



■ Mitglieder der Arbeitsgruppe:

Philipp Kreis (Sprecher), Angelika Pluskota, Henning Hofmann

Beratende Mitglieder:

Christine Ranke-Heck, Carola Sandkühler

Derzeit demonstrieren in Hannover und vielen Städten Deutschlands und Europas Schülerinnen und Schüler und fordern größere Anstrengungen im Klimaschutz. Wir begrüßen das Engagement der Jugendlichen auch als Unterstützung unserer Arbeit zum Klimaschutz. Hannover ist hier schon lange aktiv und Vorreiter, der Pro Klima-Fonds, verwaltet von enercity, ist nach 20 Jahren seines Bestehens immer noch ein Alleinstellungsmerkmal unter den deutschen Städten. Viele beneiden uns darum. Wir konnten erreichen, dass Pro Klima zusätzlich zu der ohnehin bereitgestellten einen Million Euro in 2019 450.000 bzw. 425.000 Euro in 2020 für seine Arbeit erhält.

Die Klimaschutzpolitik bleibt ein wesentlicher Schwerpunkt unserer Arbeit. So konnten wir erreichen, dass das Programm zur sozialverträglichen Mietpreisabfederung bei der energetischen Sanierung im Bestand des sozialen Wohnungsbaus mit 490.000 Euro jährlich fortgeschrieben wird. Ein weiteres Programm, das von der Verwaltung ebenfalls auf den Prüfstand gestellt worden war, soll ebenfalls fortgesetzt werden: Für die Minimierung der Folgen der Klimaerwärmung werden weiterhin jährlich 100.000 Euro zur Verfügung stehen, um Maßnahmen wie Regenwassermanagement, Bodenschutz, Dach- und Fassadenbegrünung, Straßenbäume, Entsiegelung von befestigten Flächen und Blühstreifen zu fördern. Das dritte Programm in diesem Bereich, das zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung, wird ebenfalls fortgesetzt. Damit soll der Fernwärmeanteil am Wärmemarkt



Besuch der SPD-Fraktion bei aha am 25. April 2017

in Hannover erhöht werden. Zur Bearbeitung der Programme haben wir die personelle Ausstattung in der Klimaleitstelle der Stadt verstärkt.

Kleinere Maßnahmen in der Klimaschutzpolitik sind der Wunsch nach einem weiteren 1.000-Bäume-Programm in der Stadt und die Fortsetzung der Energieeinsparberatung für einkommensschwächere Haushalte. Außerdem haben wir beschlossen, dass auf Neubauten, die auf städtischen Flächen entstehen oder für die ein städtebaulicher Vertrag notwendig wird, grundsätzlich Photovoltaikanlagen installiert werden sollen.

„Hannover stromert“ heißt das Programm zur Förderung von Elektromobilität in der Stadt. Die städtische Fahrzeugflotte soll, wo immer es geht und die Entwicklung soweit ist, auf Elektroantrieb umgestellt werden. Dazu sollen in den nächsten zehn Jahren rund 900 Ladepunkte entstehen, vor allem bei öffentlichen Betrieben, Bädern, Freizeitheimen, Sportstätten, Friedhöfen, den Herrenhäuser Garten etc. 240 Ladepunkte werden in den nächsten zwei Jahren von enercity an Straßen und auf Plätzen installiert. Der Strom soll auf politischen Wunsch aus regenerativen Quellen kommen. Damit soll der Elektrifizierung der Autos ein ordentlicher Schub verliehen werden.

Das Thema Auto leitet über zum Luftreinhalteplan, der sich mit den Problemen der Fahrzeuge mit herkömmlichen Antrieben auseinandersetzt. Gerade in einer Stadt mit einem hohen Kfz-Anteil hat die Bevölkerung ein Recht auf saubere Luft. Dem von der Stadtverwaltung vorgelegten, umfangreichen Luftreinhalteplan haben wir einige politische Forderungen hinzugefügt, wie

zum Beispiel der Stärkung des ÖPNV durch die Einführung eines günstigen 365-Euro-Jahresticket, um mehr Menschen zum Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel zu bewegen. Die weiteren Punkte zeigen den Umfang des Arbeitsgebietes im Bereich Umwelt und Grün. Die Verwaltung haben wir aufgefordert, die bestehende Friedhofssatzung zu überarbeiten. Die Beratung soll verbessert, die Friedhofsverwaltung digitalisiert und mehr Personal zur Verfügung gestellt werden. Zudem soll die Verwaltung über kostengünstige Begräbnisformen nachdenken oder ein Kolumbarium errichten.

Hannover soll sauberer werden. Diese politische Forderung hat die Verwaltung aufgegriffen und ein neues Konzept „Hannover sauber!“ vorgestellt. Die Straßenreinigung von aha hat ihre Arbeit bereits ausgeweitet. Weitere Punkte, wie die Umstellung von den Gelben Säcken auf eine Gelbe Tonne oder ein weiterer Taubenschlag in der Stadt, müssen noch bearbeitet werden. Zur Sommersaison erwarten wir durch die Änderung der bisherigen Konzepte auch sauberere Grünflächen.

Das Kleingartenkonzept wurde dahingehend verändert, dass in den nächsten Jahren erst einmal keine Kleingärten zur Baulandentwicklung in Anspruch genommen werden. Stattdessen soll der Schwerpunkt der Arbeit in der Schaffung einer neuen Kleingartenanlage auf dem Kronsberg liegen, und bestehende Anlagen sollen modernisiert werden.

Mit dem Insektenschutz beschäftigten sich mehrere unserer Anträge. So sollen vermehrt Blühflächen auf öffentlichen Grünflächen angelegt werden. Beim Agrikulturprogramm, das festlegt, welche Flächen in den Stadtgrenzen längerfristig als Äcker und Wiesen dienen, soll vermehrt darauf hingewirkt werden,

Die SPD-Fraktion beim Autofreien Sonntag am 3. Juni 2018



dass die Flächen ökologisch bewirtschaftet werden. Außerdem haben wir ein Stadtparkentwicklungskonzept bei der Verwaltung in Auftrag gegeben. Der zusammen mit der Stadthalle 1913/14 entstandene Stadtpark diente 1951 als Bundesgartenschau-gelände und gilt als eines der bedeutenden Gartenkunstwerke. Die Konzepterstellung soll auch eine Bürgerbeteiligung einschließen. Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit war der Zuwendungsbereich. Die Naturschutzverbände, Vereine und Initiativen genießen in der Stadtgesellschaft ein hohes Ansehen, kümmern sich um den Artenerhalt bei Tieren und Pflanzen, nehmen eine Wächterfunktion ein und begleiten kritisch die politische Arbeit. Der gegenseitige Austausch ist dennoch fruchtbar, weil in der Sache die gleichen Ziele verfolgt werden. Nach zahlreichen Gesprächen mit allen Zuwendungsempfängern wurden in den vergangenen drei Jahren die Zuschüsse für den BUND, die Bürgerinitiative Umweltschutz (BiU), Transition Town Hannover, den Wissenschaftsladen, das Umweltzentrum und den außerschulischen Lernort Gut Adolphshof erhöht.

Erneut haben wir auch das Programm zur ökologischen Aufwertung von Schulhöfen, Kinderspielplätzen und jetzt auch von Grünflächen in den Stadtbezirken mit Finanzmitteln ausgestattet. Dazu erhält jeder Stadtbezirk 0,50 Euro pro Einwohner*in zur eigenen Verfügung; insgesamt stehen hierfür 250.000 Euro bereit.

Daneben beschäftigten sich unsere Umweltpolitiker*innen mit kleineren Projekten, wie den Fußwegen am Maschsee, einem Bolzplatz für Wülfel, einem Lückenschluss im Julius-Trip-Ring, Trinkwasserspendern im Stadtgebiet, Angelplätzen für Menschen mit Behinderungen, der Bekämpfung von invasiven Neophyten oder einer möglichen Betonpfeilerbegrünung. Die Aufzählung ließe sich fortsetzen, unter anderem mit neuen Bewegungsparcours oder der Aufwertung der Grünflächen zwischen Hans-Meinecke-Weg und Pastor-Jäckel-Weg. Ein bunter Strauß unterschiedlichster Themen und Aufgaben.





■ Mitglieder der Arbeitsgruppe:

Florian Spiegelhauer (Sprecher), Christine Ranke-Heck, Peggy Keller

Beratende Mitglieder:

Dr. Jens Menge, Anne-Maria Gahbler, Olaf Weinel

Hannover hat viel zu bieten: gute Standortbedingungen, wettbewerbsfähige und innovative Unternehmen und qualifizierte Beschäftigte. Eine starke Wirtschaft ist die Basis. Schwerpunkt der Wirtschaft – auch für das Wachstum unserer Stadt – bleibt jedoch die kommunale Wirtschaftsförderung, das Flächenmanagement, die Vermarktung kommunaler Immobilien und die Sanierung der städtischen Gebäude. Die Situation der klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU) stand im Zentrum unserer Politik.

Stabilität und Planungssicherheit für Volksfeste

Das Frühlingsfest und das Oktoberfest haben eine lange Tradition in Hannover, beide Feste genießen besondere sowie überregionale Beachtung. Zudem sind die Schaustellerbetriebe der Stadt Hannover seit vielen Jahren eng verbunden. Doch hatten gerichtliche Auseinandersetzungen sowohl unter den Anbietern als auch mit der Stadt Hannover zu der Erkenntnis geführt, dass die Ausrichtung der Volksfeste auf den Prüfstand gestellt werden müsse. Es galt zu überlegen, wie sich die Zukunft der Volksfeste und die Zusammenarbeit mit den Schausteller*innen weiter positiv entwickeln kann. Auf unser Betreiben wurde ein Verfahren entwickelt, die Vergabe der Volksfeste in der Stadt Hannover künftig im Rahmen einer Dienstleistungskonzession auszuschreiben. Ein in mehreren Schritten transparent erarbeiteter Kriterienkatalog für die Vertragsvergabe mündete in ein rechtssicheres Vergabeverfahren und brachte Planungssicherheit für alle Beteiligten.

Modellprojekt: Klimaschutz in Industrie- und Gewerbegebieten „KlimaList“

Wie können in einem Industrie- und Gewerbegebiet einerseits Potenziale für überbetriebliche Klimaschutzaktivitäten genutzt und gleichzeitig Kooperationen im nachhaltigen Wirtschaften eingegangen werden? Im Gewerbegebiet List wird dies nun genau untersucht und mit dem Klimaschutz-Teilkonzept „KlimaList“ modellhaft getestet. Im Frühjahr 2016 wurde es entwickelt und fertiggestellt. Der Förderschwerpunkt ist fokussiert auf den „Klimaschutz in Industrie- und Gewerbegebieten“. Insbesondere Kleinst-, Klein- und Mittlere Unternehmen im Gewerbegebiet Lister Damm/Am Listholze können im Rahmen des Pilotprojekts finanzielle Unterstützung beantragen. Die SPD-Fraktion begrüßte das Projekt „KlimaList“ und forderte zur besseren Koordination und Ergebnissicherung die Stelle eines Klimaschutzmanagements einzurichten: mit Erfolg! Bei „KlimaList“ werden nun mit Hilfe der Klimaschutzmanagerin mehr als 300 Betriebe und Institutionen zusammengebracht, um Ressourcen, wie zum Beispiel Flächen, Gebäude, Maschinen, Fahrzeuge und Material, gemeinsam zu nutzen und nachhaltig zu wirtschaften.

Stärkung des Kongressstandortes Hannover

Hannover genießt als Veranstaltungsort für Kongresse und Tagungen und Messen, aber auch städtetouristisch, mit einem zunehmenden Schwerpunkt als Konzertstadt, national und international bereits einen hervorragenden Ruf. Die zentrale Lage und eine gute Infrastruktur mit dem Hannover Congress Centrum (HCC) und dem



größten Messegelände der Welt bieten hierfür hervorragende Voraussetzungen. Auf diese langjährigen und positiven Entwicklungen wollen wir auch in den nächsten Jahren setzen und den Kongressstandort Hannover weiterentwickeln. Die richtige Betreuung und Planung von Veranstaltungen, Tagungen und Kongressen aus einer Hand sind ein entscheidender Faktor im Wettbewerb der Kongressstädte, da er die Standortwahl für die Ausrichtung eines Kongresses entscheidend beeinflussen kann. Hier muss sich Hannover gut positionieren, national wie international. Viele andere Städte halten entsprechende Dienstleistungen vor: Sogenannte Convention Bureaus verstehen sich als Komplettanbieter für alle Fragen und Themen rund um den Kongress und die Veranstaltung. Wir setzen uns deshalb ein für die Schaffung eines Convention Bureaus für Hannover (CBH). Hier sollen künftig alle entscheidenden Dienstleistungen im wirtschaftlichen und touristischen Umfeld bei der Ausrichtung von Kongressen und Tagungen gebündelt sowie aus einer Hand angeboten werden.

Akzente setzen bei der Flächenvorratspolitik

Eine wachsende Stadt benötigt Flächen, um eine vielfältige Entwicklung in den verschiedenen Aufgabenbereichen sicherzustellen. Auf Initiative der SPD-Fraktion wurde der Flächenetat im laufenden Haushalt ausgeweitet und zusätzlich eine entsprechende Personalstelle geschaffen, um weitere Flächen für Handwerk und Gewerbe und Wohnungsbau anzukaufen – und zwar deutlich über das bisherige Maß hinaus. Damit verfolgen wir das Ziel, dass die Aktivitäten zur Flächenbevorratung bzw. zum Erwerb von Grundstücken und Gebäuden insgesamt ausgeweitet werden. Auch die Nutzung von Erbbaurecht soll in die künftige Flächen-



politik der Landeshauptstadt Hannover einbezogen werden. Der Fokus liegt insbesondere darauf, die Innenentwicklung zu sichern und vor allem Brachflächen, bestehende untergenutzte Gewerbegebiete und Flächen mit besonderen Restriktionen mit den zusätzlichen Mitteln besser zu entwickeln.

Einsatz für die Wochenmärkte und für die Verlängerung des Weihnachtsmarktes

Unsere Wirtschaftspolitiker*innen setzten sich intensiv für die Attraktivitätssteigerung der Wochenmärkte ein. Gemeinsam mit Marktbeschicker*innen und der zuständigen Verwaltung wurden Maßnahmen entwickelt, die in einen Zehn-Punkte Plan zur Stärkung der Wochenmärkte mündeten. Dieser befindet sich seit 2018 erfolgreich in der Umsetzung und beinhaltet unter anderem gezielte Marketingmaßnahmen, die Einführung von Probiertagen, zusätzliche und höherwertige Non-Food-Stände sowie Gutscheinkaktionen oder sorgt für mehr Imbissmöglichkeiten, um die Verweildauer auf den Märkten zu erhöhen.

Für den Erhalt möglichst aller 26 Wochenmärkte in der Stadt Hannover haben wir ein klares Bekenntnis zur Stärkung der Marktkultur geliefert. Mit der Umsetzung des Zehn-Punkte-Plans zur Attraktivitätssteigerung der Wochenmärkte mit einem Budget von jährlich ca. 100.000 Euro bis Ende 2021 wurde ein Konzept auf den Weg gebracht, welches auch im Rahmen des Arbeitsprogramms „Hannover 2030“ in die Gesamtstrategie der Stadt Hannover Eingang fand.

Der Weihnachtsmarkt Hannover zählt zu den jährlichen Highlights der Stadt. Zuletzt wurde das stimmungsvolle Weihnachtspektakel 2018 an 25 Veranstaltungstagen von rund 1,85 Millionen Menschen besucht. Viele wünschten sich eine Verlängerung des Weihnachtsmarktes – doch das war lange sehr umstritten. Nun konnte auf Betreiben der SPD ein neues Kapitel aufgeschlagen werden: Ab 2019 wird der Weihnachtsmarkt um zwei Tage verlängert. Ein Entgegenkommen auch für die Schausteller*innen- und Kunsthandwerker*innen: Zusätzlich wurde durch unsere Initiative die Aufbauzeit von zwei auf sechs Tage verlängert.



- **Mitglieder der Arbeitsgruppe:**
Hülya Iri (Sprecherin), Christopher Finck, Thomas Hermann
(Ausschussvorsitzender)

Beratende Mitglieder:

Lars Kelich, Dang Chau Lam, Mila Marinova, Bala Subramanian Ramani,

Die SPD im Rat setzt klare Akzente in der Projektarbeit für gesellschaftlichen Zusammenhalt und demokratische Teilhabe. Passend dazu begleiten wir Initiativen, die Neuankömmlinge unterstützen, eine positive Grundeinstellung zum gemeinsamen Sozialraum fördern und hierzu eine Vielzahl von Aktionen koordinieren. Angesichts der notwendigen strukturellen Stärkung von Toleranz und Vielfalt haben wir unter anderem dem Unterstützerkreis Flüchtlingsunterkünfte, dem Interkulturellen Frauentreff bei CAN ARKADAS e. V. und gEMiDe e.V. – „gesellschaftliches Engagement von Migrantinnen und Deutschen“ unsere Unterstützung zugesichert. Die Stärkung der Strukturen des ehrenamtlichen Engagements und der politischen Bildung stehen ohnehin im Zentrum unserer Arbeit.

Einen weiteren Schwerpunkt setzen wir auf den gesellschaftlichen Diskurs über das Zusammenleben in einer multikulturellen und multireligiösen Großstadt. Für diesen Diskurs muss es geeignete Plattformen geben. Das Haus der Religionen ist eine solche Plattform, gerade weil sich dessen Angebote an alle Bürger*innen der Stadt richten und auf Toleranz für Vielfalt zielen. Auch in den kommenden Jahren wird die Arbeit des Hauses der Religionen unterstützt, weil hier eine unverzichtbare Basis für ein friedliches Zusammenleben geschaffen wird. Zudem gibt es in Deutschland kein Projekt, in dem eine vergleichbare Arbeit im Zusammenspiel von Glaube, Philosophie, Integration, Bildung und Gesellschaft geleistet wird.

Gemeinsame Anstrengungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus

Es gilt, die gemeinsamen Anstrengungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus weiterzuentwickeln, auch um Unsicherheiten und Politikverdruss zu begegnen. Mit der vom Rat beschlossenen Offensive gegen Antisemitismus hat sich auch die SPD-Fraktion positioniert und dem Wunsch Ausdruck verliehen, jüdisches Leben erfahrbar zu machen und somit präventiv gegen Antisemitismus zu arbeiten. Im Zuge der Zusammenarbeit der verschiedenen Akteur*innen wurde darüber hinaus deutlich, dass es einer Dokumentation von antisemitischen Vorfällen bedarf, um diese sichtbar zu machen und dagegen kämpfen zu können. Nun sollte es auch möglich sein, für die Angaben zu antisemitischen Übergriffen, Beleidigungen etc. eine Meldestelle einzurichten. Hier erfolgt eine Auswertung, die perspektivisch ein Bild über die antisemitischen Zustände in Hannover ermöglicht – gleichsam eine Karte antisemitischer Vorfälle in Hannover. Für uns besonders wichtig: Die Ergebnisse können zum Beispiel für die pädagogische Arbeit etwa im Rahmen von Gedenkstättenbesuchen genutzt werden.

Fortschreibung des Lokalen Integrationsplans (LIP)

Als weltoffene, diskriminierungsfreie Einwanderungsstadt mit einer Willkommenskultur, die von der gesamten Stadtgesellschaft getragen wird, lebt Hannover eine starke Partizipations- und Beteiligungskultur. Sie kann den Menschen unabhängig von Alter und Herkunft ein selbstbestimmtes und aktives Leben in Gemeinschaft in lebendigen Quartieren ermöglichen. Davon zeugt auch das gesamtstädtische Arbeitsprogramm „Mein Hannover 2030“. Zur Fortschreibung des LIP (LIP 4.0) und seiner Inhalte und Schwerpunkte fordern wir, mittels personeller und finanzieller Ressourcen einen Beteiligungsprozess zu starten, in den alle relevanten Akteur*innen in der Landeshauptstadt Hannover einbezogen werden, darunter die Migrant*innenselbstorganisationen, Gewerkschaften, Politik, Wohlfahrtsverbände, Unterstützer*innenkreise, Vertreter*innen der Religionsgemeinschaften und des Hauses der Religionen und viele andere.



Gleichstellung



■ Mitglieder der Arbeitsgruppe:

Dr. Maxi Ines Carl (Sprecherin), Afra Gamoori, Lars Kelich

Beratende Mitglieder:

Henning Hofmann, Dr. Petra Köster, Franz Moormann

Gleichstellung ist eine Querschnittsaufgabe, die verschiedenste Themenfelder in unserer Stadt betrifft. Deshalb berührt unsere Gleichstellungspolitik verschiedene Bereiche wie Soziales, Wirtschaft und Sicherheit bis hin zur Mobilität.

Das Erreichte im Überblick:

- Der zweite Aktionsplan der Landeshauptstadt Hannover zur Umsetzung der EU-Charta zur Gleichstellung von Frauen und Männern wurde auf unseren Antrag hin erweitert: Zusätzlich zu den von der Verwaltung vorgeschlagenen Themen wurden die Handlungsfelder Wohnen, Geschlechterspezifische Gewalt und Nachhaltige Entwicklung aufgenommen.
- Stärkung der Beratungsangebote: In Hannover sind vielfältige Beratungsstellen angesiedelt, die Frauen in Notlagen beraten. Diese Einrichtungen werden durch Zuwendungen von der Stadt unterstützt. Wir haben Haushaltsmittel bereitgestellt, um die Beratungsangebote aufrechtzuerhalten oder sogar auszuweiten.
- Sicher Feiern: Auf unsere Initiative hin hat die Verwaltung gemeinsam mit hannoverschen Clubs ein Konzept zur sicheren Feiern erstellt, das ab diesem Jahr umgesetzt wird und neben der Schulung des Clubpersonals auch die Bereitstellung von Informationsmaterialien umfasst.
- Förderung der Traumaberatung: Zahlreiche Beratungsstellen in Hannover bieten Beratungen für traumatisierte Frauen an. Dies ist angesichts fehlender Therapieplätze eine wichtige Maßnahme zur Stabilisierung der Betroffenen, die sehr stark nachgefragt wird.

Um zusätzliche Kapazitäten für die Beratung zu schaffen, haben wir einen zentralen Fördertopf eingerichtet, aus dem verschiedene Einrichtungen gefördert werden.

- Gegen sexistische Werbung: Die Landeshauptstadt Hannover tritt auf unseren Antrag hin dem europaweiten Netzwerk „Städte gegen sexistische Werbung“ bei. Sie verpflichtet sich damit, sexistische Werbung im öffentlichen Raum weitestgehend zu verbieten.
- Mobilität: Wir haben im Gleichstellungsausschuss die Verdopplung des Zuschusses für das Frauennachttaxi beschlossen und es Hebammen ermöglicht, Ausnahmegenehmigungen für das Parken in Anwohnerzonen und im beschränkten Halteverbot zu erhalten.
- Queer: Auch die Themen der queeren Community sind Teil unserer Gleichstellungspolitik. So haben wir die Einrichtung eines queeren Jugendzentrums unterstützt, zusätzliche Gelder für die Transberatung bereitgestellt und die Verwaltung beauftragt, einen queeren Online-Stadtplan zu erstellen, der die vielfältigen Angebote für die queere Community bekannter macht.

Ausbau der Angebote von Frauenhäusern für von Gewalt betroffene Frauen

Auf unseren Antrag hin erarbeiten die Verwaltungen von Landeshauptstadt und Region Hannover ein Konzept zum Ausbau der Frauenhausangebote in Hannover. Unser Ziel ist es, eine Notaufnahmeeinrichtung einzurichten, die rund um die Uhr an sieben Tagen in der Woche besetzt ist, sowie zusätzliche Frauenhausplätze und ein Übergangsangebot mit sozialer Betreuung für Frauen, die aus dem Frauenhaus ausziehen, schaffen zu lassen. Für die Umsetzung haben wir 1,15 Millionen Euro im Haushalt bereitgestellt, die Region Hannover stellt weitere Gelder zur Verfügung.



Angelegenheiten des Geschäftsbereichs des Oberbürgermeisters



- Mitglieder der Arbeitsgruppe:
Christine Kastning (Sprecherin), Bruno Gill, Florian Spiegelhauer (Ausschussvorsitzender)

Beratendes Mitglied: Peggy Keller

Der Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters (GBOB) bearbeitet zentrale, strategische Themen der Stadtverwaltung und -entwicklung, darunter der Wissenschaftsstandort Hannover, Strategien zur Internationalisierung und zur Digitalisierung Hannovers oder die Entwicklung des Ihmezentrums. Auch das Schützen- und das Maschseefest gehören in die Zuständigkeit des GBOB, zugeordnet sind ihm auch die Herrenhäuser Gärten.

Als Querschnittsaufgabe verstehen wir das Handlungskonzept „Hannover – internationale Stadt“, das die Verwaltung vor wenigen Wochen vorgelegt hat. Neben der Arbeit an Netzwerken zur Verstärkung internationaler Kontakte von Zivilgesellschaft, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur steht für uns die Stärkung internationaler und interkultureller Kompetenzen von Beschäftigten der Stadt im Vordergrund.

Auch die Digitalisierung ist eine Querschnittsaufgabe. Neben der digitalen Agenda für die Stadtverwaltung (siehe hierzu unter Organisation und Personal) haben wir uns damit befasst, die digitale Infrastruktur (Breitband- und WLAN-Ausbau) in der Landeshauptstadt zu verbessern. Dazu haben wir den Kontakt zu verschiedenen Akteuren aufgebaut.

Als Wissenschaftsstandort soll Hannover noch stärker wahrgenommen werden, zumal hier mehr als 50.000 Menschen studieren. Wir setzen uns dafür ein, das Image des Wissenschaftsstandortes Hannover zu verbessern und gute Wohn- und Lebensbedingungen für Studierende zu schaffen. Wissenschaft, Wirtschaft und weitere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens wollen wir besser miteinander vernetzen.



Ihmezentrum

Der vergangene Sommer hat dem Maschseefest Rekordzahlen verschafft. Für das Maschseefest haben wir ein neues Verkehrskonzept beschlossen und für das Schützenfest ein neues Sicherheitskonzept, das gut angenommen wurde, ein modernisiertes Veranstaltungskonzept soll folgen.

Die Herrenhäuser Gärten gehören zu den bestbesuchten Sehenswürdigkeiten Hannovers. Auf unseren Beschluss hin wurden neue Angebote für Kinder und Jugendliche für die Gärten entwickelt. Im Berggarten werden ein neuer Vortragsraum und ein neues Schauhaus entstehen. Im Georgengarten haben wir die Erneuerung der Skateranlage beschlossen. Mit ihrem zehnjährigen Jubiläum beweisen die KunstFestSpiele Herrenhausen in diesem Jahr, dass sie sich als Kulturfestival etabliert und in den letzten Jahren einem breiteren Publikum geöffnet haben.

Das Ihmezentrum, das nicht nur ein wichtiger städtebaulicher Komplex zwischen Calenberger Neustadt und Linden ist, sondern inzwischen auch den Rang eines „Nationalen Monuments der Städtebaus“ der 1970er-Jahre genießt, wird seit Anfang des Jahres saniert. Wir haben die schwierigen Verhandlungen und Planungen begleitet, bei denen die Verwaltung strikte Auflagen daran gebunden hat, dass sie eine der wichtigsten Mieterinnen in dem Gebäudekomplex bleibt. Nach dem Beginn der Sanierungsarbeiten sind wir uns sicher: Das Ihmezentrum hat auch unter einem neuen Investor eine Perspektive!

Finanzen



- Mitglieder der Arbeitsgruppe:
Dr. Jens Menge (Sprecher), Christine Kastning, Belgin Zaman
(Ausschussvorsitzende)

Beratendes Mitglied:
Christopher Finck

„Ohne Moos nix los“ – das gilt auch in der Kommune. Eine gute Ertragslage, voran bei der Gewerbesteuer, hat es ermöglicht, in Hannover mehr zu investieren und zugleich Schulden abzubauen. Dank unserer soliden Finanzpolitik der letzten Jahre konnte der Kämmerer für die Jahre 2019/2020 erstmals einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf vorlegen. Um zusätzliche Einnahmen für die Landeshauptstadt zu erzielen, haben wir Stellen eingerichtet, die Fördermittel beim Bund, bei der EU und anderen

Haushaltsklausur der SPD-Fraktion im Januar 2017



Geldgebern recherchieren und einwerben sollen. Zudem haben wir die Verwaltung beauftragt, die Vergnügungssteuersatzung zu überarbeiten. Die moderate Erhöhung der Parkgebühren soll vor allem zu einer Entlastung des öffentlichen Straßenraums und zu einer besseren Auslastung der – zudem günstigeren – Parkhäuser führen; auch dadurch erzielen wir zusätzliche Einnahmen im städtischen Haushalt.

Damit die freien Träger ihre wichtige Arbeit in den Bereichen Soziales, Jugendhilfe, Kultur etc. entsprechend der Bedarfe leisten, hat die Verwaltung auf unseren Antrag hin, das Zuwendungswesen modernisiert.

Den Zuwendungsempfängern wird dadurch die Antragstellung erleichtert; zugleich können Politik und Verwaltung den zielgerichteten Einsatz der Zuwendungen besser kontrollieren und steuern. Um die Personalausstattung der freien Träger zu verbessern, haben wir den Zuwendungsempfängern für das laufende Haushaltsjahr 350.000 Euro und für das nächste Jahr 500.000 Euro mehr bewilligt. Zugleich haben wir die Verwaltung beauftragt, einen Index zu entwickeln, nach dem die Personalkosten der freien Träger laufend angepasst (dynamisiert) werden können.

Die Straßenausbaubeiträge, die vor allem in Stadtteilen für Unruhe sorgten, die nicht so dicht bebaut sind, haben wir zum Beginn dieses Jahres abgeschafft. Dennoch werden die notwendigen Investitionsmittel für die Straßensanierungen bereitgestellt.

Die städtischen Beteiligungen haben wir auf einem guten Kurs gehalten, obwohl sich das wirtschaftliche Umfeld zum Teil nicht einfach entwickelt hat. Als Garanten der öffentlichen Daseinsvorsorge in den Bereichen Energie, Wasser, Verkehr und Kreditwesen sind sie für uns unverzichtbar.

Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit

Die Kriminalität in Hannover ist zurückgegangen – das ist ein großer Erfolg! Dennoch haben viele Menschen in unserer Stadt das Gefühl, sie lebten unsicherer. Um dem zu begegnen haben wir im Sommer 2017 ein Konzept für mehr Ordnung und Sicherheit im öffentlichen Raum verabschiedet. Ziel ist es, den Menschen in unserer Stadt einen unbeschwerten Aufenthalt auf Straßen und Plätzen zu ermöglichen.

Dabei setzen wir in erster Linie nicht auf „law and order“, sondern vor allem auf die unmittelbare Ansprache: Das Sicherheitsgefühl der Menschen wird gesteigert, weil der neu geschaffene städtische Ordnungsdienst im Straßenraum sichtbar agiert und von Menschen angesprochen werden kann. Dabei arbeitet er im Rahmen einer Sicherheitspartnerschaft eng mit der Polizei, der Bundespolizei und anderen Ordnungskräften zusammen. Der Ordnungsdienst kann Menschen ansprechen, die sich nicht an die Spielregeln des Miteinanders und des gegenseitigen Respekts im öffentlichen Raum halten, sie zur Ordnung mahnen und sie auf soziale Angebote aufmerksam machen. Das betrifft vor allem die Trinkerszene im Umfeld des Hauptbahnhofs und in der Innenstadt. Ziel ist es, diese Menschen zur Rücksichtnahme zu bewegen; ihnen soll Hilfe vor Ort zuteil werden, statt sie an andere Plätze zu verdrängen. Uns war dabei besonders wichtig, dass die Maßnahmen für mehr Sicherheit und Ordnung nicht zulasten sozialer Angebote und Hilfestellungen gehen. Auch hierfür haben wir zahlreiche Maßnahmen beschlossen (siehe unter „Soziales“).

„Hannover ist sicher!“ – Veranstaltung der SPD-Fraktion am 6. September 2018



Als neues Hilfsangebot für diese Menschen wurde der „Kompass“ am Raschplatz eingerichtet, ein sogenannter Trinkraum, der ihnen ein vorübergehendes Obdach und zielgerichtete Hilfe bietet.

Ergänzend zu dem Sicherheits- und Ordnungskonzept haben wir im vergangenen Jahr das Konzept „Hannover sauber!“ verabschiedet: Unsere Stadt soll sauberer werden. Dafür wird die Abfallfahndung verstärkt werden und mit dem städtischen Ordnungsdienst zusammenarbeiten. Illegal entsorgter Müll soll von aha schneller beseitigt werden. Bei Verstößen sollen die Möglichkeiten des Bußgeldkataloges voll ausgeschöpft werden. Beide Konzepte sind in den letzten Jahren in allen Bezirksräten in mehreren Runden vorgestellt und beraten worden. In Schwerpunktbereichen sollen das Sicherheits- und Ordnungskonzept wie auch „Hannover sauber!“ auf die Stadtbezirke ausgedehnt werden. Dieser Prozess wird unter reger Beteiligung der Bezirksräte und anderer Akteure vor Ort fortgesetzt werden; die Erfahrungen mit der Umsetzung des Sicherheits-, Ordnungs- und Sauberkeitskonzeptes werden in und mit den Bezirksräten ausgewertet und die Konzepte laufend angepasst werden.

Dass wir mit diesen Konzepten auf dem richtigen Weg sind, belegen die hohen Zustimmungswerte zu den verschiedenen Maßnahmen: Im Bürger-Panel wurden Ende 2018 Menschen in unserer Stadt in einer repräsentativen Umfrage danach gefragt, wie wichtig ihnen Sicherheit und Ordnung sind und wie sie die getroffenen Maßnahmen finden. Um die 90 Prozent der Befragten maßen Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit eine sehr große oder große Bedeutung bei, und mehr als 80 Prozent begrüßten die wichtigsten der beschlossenen Maßnahmen aus dem Sicherheits- und Ordnungskonzept.

Zum Sommer 2019 werden wir eine erste Evaluation des Sicherheits- und Ordnungskonzeptes vornehmen und die beschlossenen Maßnahmen gegebenenfalls anpassen.

Organisation und Personal



- Mitglieder der Arbeitsgruppe:
Bruno Gill (Sprecher), Christine Kastning (Ausschussvorsitzende),
Andreas Markurth

Beratendes Mitglied:
Hülya Iri

Hannover wächst, und damit wachsen auch die Aufgaben der Stadtverwaltung. Dementsprechend wächst auch die Zahl der Beschäftigten der Landeshauptstadt: Inzwischen arbeiten hier 11.000 Menschen. Als Arbeitsgruppe für Organisation und Personal (OPA) begleiten wir den Personalaufbau und die Personalentwicklung. Zuständig sind wir auch für Organisationsprozesse der Verwaltung und für die Feuerwehr.





Die SPD-Fraktion in der konstituierenden Sitzung des Rates am 3. November 2016

Bei der Stellenplanung haben wir eigene Akzente gesetzt und zusätzliche Stellen, unter anderen für die Einwerbung von Fördermitteln, geschaffen. Über die Personalentwicklung sprechen wir regelmäßig mit den Personalvertretungen, voran dem Gesamtpersonalrat (GPR).

Hannover hat gute Erfahrungen in und mit der Beteiligung von Bürger*innen. Beispiele hierfür sind der Entscheid über die Ausrichtung der Expo2000, der Beteiligungsprozess zur „City 2020+“ oder jüngst auch der zur Gestaltung des Steintorplatzes. Zur Stärkung der Beteiligungsprozesse haben wir die Koordinierungsstelle für Einwohner*innenbeteiligung mit zusätzlichen Stellen ausgestattet.

Vorgelegt wurde im vergangenen Jahr die Strategie zur Digitalisierung der Landeshauptstadt. Wir haben beschlossen, das Online-Angebot der Verwaltung durch eine App für den Formularenservice zu ergänzen und dabei auch Chat-Bots (automatisierte Hilfeprogramme) einzusetzen. Beantragt haben wir ebenfalls, WLAN in allen öffentlichen Gebäuden der Stadt bereitzustellen. Im öffentlichen Raum soll das WLAN-Netz mit Unterstützung städtischer Beteiligungsunternehmen (zum Beispiel enercity und üstra) ausgebaut werden.

Für die Feuerwehr haben wir den Neubau der Rettungswache 3 (bisher in der Südstadt, künftig Kirchrode) auf den Weg gebracht. Im Herbst 2019 soll der Umzug erfolgen. Auch haben wir die Ausstattung der Feuerwehr verbessert, künftig soll sie auch eine Drohne zur Unterstützung der Rettungsarbeiten und der Gefahrenabwehr einsetzen können.



Unser Fraktionsvorstand (v.l.): Bruno Gill, Kerstin Klebe-Politze, Bürgermeister Thomas Hermann, Alptekin Kirci (Vorsitzender des SPD-Stadtverbandes), Dr. Jens Menge (Stellvertretender Fraktionsvorsitzender), Christine Kastning (Fraktionsvorsitzende), Lars Kelich und Afra Gamoori (beide Stellvertretende Fraktionsvorsitzende), Angelo Alter und Oberbürgermeister Stefan Schostok

Fotonachweise

alle Bilder SPD-Ratsfraktion Hannover, außer: Seite 9 und Seite 12: Landeshauptstadt Hannover, Seite 17: Johann Jobst Wagensche Stiftung Hannover, Seite 40 und Seite 41: HCC

Impressum

Herausgeberin

SPD-Fraktion

im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Friedrichswall 15

30159 Hannover

Fon: 0511.168 45 310

Fax: 0511.168 43 624

spd@hannover-stadt.de

www.spd-ratsfraktion-hannover.de

Redaktion

Marc-Dietrich Ohse

V.i.S.d.P.

Marc-Dietrich Ohse

Gestaltungskonzept

Sabine Panse, dacorpo design Hannover

Druck

BWH GmbH - Die Publishing Company

Veröffentlichungen der SPD-Ratsfraktion dürfen nicht zu Zwecken der Parteienwerbung und des Wahlkampfes eingesetzt werden.

Stand: 5. April 2019